

1289/AB XXII. GP

Eingelangt am 06.09.2007

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wissenschaft und Forschung

Anfragebeantwortung



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

GZ: BMWF-10.000/0148-C/FV/2007

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 31. August 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1296/J-NR/2007 betreffend wahre Leistungen der Regierungsmitglieder der Retrokoalition, die die Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Kolleginnen und Kollegen am 6. Juli 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 5 und 7 bis 12:

Im mit Wirkung vom 1. März 2007 wieder errichteten Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung waren bzw. sind weder externe noch interne Berater/innen im Sinne der Anfrage tätig.

Zu Fragen 6 und 13:

Gründe für eine Organisationsreform liegen in einer internen Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Steigerung der Effizienz der eingesetzten Mittel und der Effektivität in der Aufgabenerfüllung. Sie soll auch eine Maßnahme zur Erreichung des von der Bundesregierung verfolgten Zieles einer Reduktion der Zahl der Planstellen sein. In meinem Zuständigkeitsbereich ist geplant, 5 Planstellen bis Ende 2007 einzusparen. Zur Erfüllung dieser permanenten Aufgabe wurden

keine externen Berater/innen herangezogen, vielmehr wird diese Aufgabe durch die zuständigen Organisationseinheiten laufend wahrgenommen.

Zu Frage 14:

Eine Informationskampagne wurde bei MediaSelect in Auftrag gegeben; die Gesamtkosten hierfür betragen € 73.127,06 (inkl. MwSt.). Darüber hinaus wurden einzelne Inserate direkt geschaltet; Gesamtsumme: €22.811,73 (inkl. MwSt.), wobei die Aufschlüsselung der Beantwortung der nachstehenden Fragen zu entnehmen ist.

Zu Fragen 15 bis 20:

Es wurden keine Sendezeiten beim ORF gekauft.

Zu Fragen 21 bis 23:

In Tageszeitungen wurden insgesamt 10 Inserate geschaltet.

Zweck dieser Inserate war:

Information über die Erhöhung des Höchststipendiums von derzeit € 606,-- auf monatlich € 679,-- sowie der durchschnittlichen Studienbeihilfe von derzeit € 275,-- auf € 308,-- monatlich. Das entspricht einer Erhöhung von rund 12 % mit kommendem Wintersemester 2007/2008.

Ausschreibung: 6. Possanner-Staatspreis zum „Ausgleich“ der Geschlechter

Ausschreibung: Forschungsprogramm „proVision“

Die Gesamtkosten aufgegliedert nach Tageszeitungen betragen (alle Angaben exkl. MwSt.):

„Wiener Zeitung“:	€ 1.972,16; Schaltungen am 4. und 21. April 2007
„Die Presse“:	€ 22.923,28; Schaltungen am 21. April, 21. Mai und 1. Juni 2007
„Der Standard“:	€ 31.435,30; Schaltungen am 21. und 27. April, 5., 14., 19. und 21. Mai 2007
„Kleine Zeitung“:	€ 1.726,53; Schaltung am 14. Juni 2007

Zu Fragen 24 bis 26:

In der Wochenzeitschrift „Falter“ wurden insgesamt 12 Inserate geschaltet. Zweck: siehe Antwort zu den Fragen 21 bis 23. Die Gesamtkosten der am 2., 9., 16. und 23. Mai 2007 geschalteten Inserate betrug € 8.760,-- (exkl. MwSt.).

Zu Fragen 27 bis 29:

In Monatszeitschriften und sonstigen Druckschriften wurden insgesamt 5 Inserate geschaltet. Zweck: siehe Antwort zu den Fragen 21 bis 23.

Die Gesamtkosten betragen (alle Angaben exkl. MwSt.):

„Studenten-Volksblatt“	€ 2.100,--; Schaltung am 19 April 2007
„Uni-Standard“	€ 7.063,14; Schaltung am 9. Mai 2007
„Campus“	€ 1.613,95; Schaltung am 10. Mai 2007
„Datum“	€ 1.260,--; Schaltung am Juni 2007
„Academia“	€ 1.095,--; Schaltung am 25. Juni 2007

Zu Fragen 30 bis 32:

Keine.

Zu Frage 33:

Für die Auswahl der Medien waren die Zielgruppen entscheidend (Media-Analyse).

Zu Frage 34:

Siehe Antwort zu den obigen Fragen.

Zu Frage 35:

Der Zweck der Information der Öffentlichkeit wurde durch die Schaltung von Inseraten erreicht.

Zu Frage 36:

Abhängig vom Erfordernis des Informationsbedarfs ist eine weitere zweckentsprechende Öffentlichkeitsarbeit geplant; nähere Angaben können vom jetzigen Zeitpunkt noch nicht gemacht werden.

Der Bundesminister:
Dr. Johannes Hahn e.h.